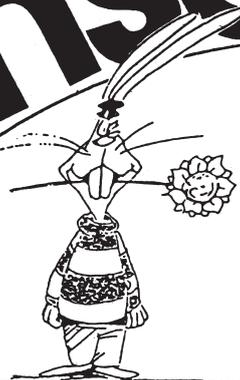


# Grünschnabel



BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN

streitbar, ehrlich,  
unentbehrlich

Nr. 1/07

[www.gruene-glinde.de](http://www.gruene-glinde.de)

Oktober 2007

## Klimaschutz!

Was bringen welche Maßnahmen? Was kann wer tun? Die Depotbebauung in Glinde als einmalige Chance!

Schön, dass die Ergebnisse der UNO-Untersuchungen dazu geführt haben, dass der Klimaschutz für viele Menschen zu einem topaktuellen Thema geworden ist - Schade, dass das nicht deutlich früher geschehen ist, sagen sich die Naturschutzverbände, die Grünen und alle anderen, die schon seit etlichen Jahren versuchen, auf diese Problematik hinzuweisen.

Nun gut, es ist, wie es ist, und wir werden mit der heutigen Situation und ihren möglichen Kon-

sequenzen umgehen müssen.

Das Bundesumweltamt benennt zur Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2020 gegenüber 1990 um 40% 8 Faktoren und ordnet ihnen jeweils eine eigene Wirksamkeit zu.

Es beginnt mit dem **Stromsparen**. Dort werden 40 Mio. Jahrestonnen (JT) vermeidbare Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) - Emissionen ausgemacht, indem wir 11 % des Stromverbrauchs mit effizienten Geräten, deutlicher Verminderung des Standby-Strombedarfs

und Abschaffen von Stromheizungen realisieren. Letztere verbrauchen 8 % der elektrischen Energie in Deutschland.

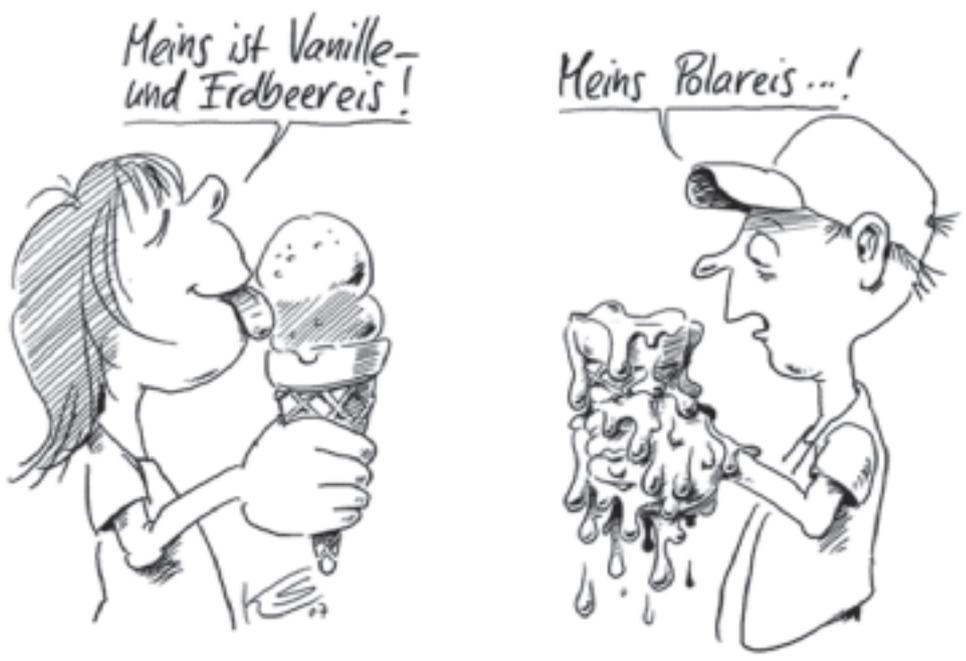
Es folgt die **Erneuerung des Kraftwerksbestandes**, die weitere 30 Millionen JT weniger bringen können. Bausteine dafür sind um 7 % höhere Wirkungsgrade neuer Kohlekraftwerke sowie der Ersatz von Kohle durch Erdgas. Der dritte Punkt ist die **Anteilssteigerung der erneuerbaren Energien** auf 26% an der Stromerzeugung mit wei-

teren 40 Millionen JT CO<sub>2</sub>-Ersparnis.

Die **Verdopplung des Kraft-Wärme-Kopplungs-Anteils** brächte weitere 15 JT. Die **Wärmeeinsparung durch Gebäudesanierung, effiziente Heizungsanlagen und in Produktionsprozessen** sorgte für zusätzliche 41 Millionen JT.

**Wärme aus erneuerbaren Energien** könnte weitere 10 Millionen JT beitragen, indem man den Anteil der erneuerbaren Energien (Biomasse, Solarthermie, Geothermie) von heute 6 auf 12% steigerte.

Die **Senkung des spezifischen Verbrauchs im Verkehr** führte zu 15 Millionen JT weniger. Da ginge es um technische Maßnahmen (wie Motoren, die weniger Kraftstoff benötigen, geringere Motorleistungen, Leichtbauweise) und um Kraftstoffsparendere Fahrweise,



Meins ist Vanille- und Erdbeereis!

Meins Polareis...!

Weitere Themen	
Sönke-Nissen-Schule	4
Glinn?	5
Alter Sportplatz	6
Libertäre Jugend	7
Letzte Seite	8
Kommunalwahl 2008 ohne Grüne?!	8

also auch um ein Tempolimit.

Die **Vermeidung unnötiger Verkehre und Verlagerung auf Schiene und Binnenschiff** führte letztlich zu weiteren 15 Millionen JT.

Es ist doch alles ganz einfach, **wir** müssten nur morgen, spätestens übermorgen damit anfangen. **Aber wer sind 'wir'? – Wir sind alle auf dieser Welt!**

Wir sind u. a. **China** (bald auch **Indien**) und die **USA**, ohne die nichts gehen wird. Wir sind auch die Entwicklungsländer, die nach unserem Lebensstandard streben, denen wir aber vorleben werden müssen, dass das auch ohne die Verschwendung von Ressourcen geht, wie wir im 'Westen' sie heute betreiben.

Wir sind auch **Europa**, wo es bzgl. der CO<sub>2</sub>-Verminderung immer noch höchst unterschiedliche nationale Ansätze und vor allem Interessen gibt,

so etwa Frankreich und die Kernenergie und Deutschland mit den Autos, vor allem mit denen, die über mäßig Benzin verbrauchen.

Wir sind auch **Deutschland**, wo inzwischen Klimaschutz als Begriff in der Politik angekommen zu sein scheint. Wie damit in der Praxis umzugehen ist, scheint noch ziemlich unklar.

Erneuerbare Energien mit allem, was daran hängt, werden von Teilen der Politik eher noch belächelt, während kluge Unternehmer in sie investieren.

Stromsparen, Wärmeeinsparung durch Gebäudesanierung, Kraftwärmekopplung: Wo bleiben die Milliarden für Förderprogramme? – Wenig bis nichts passiert in diesem Bereich! Stattdessen wird die Debatte um die Kernenergie neu belebt.

Hilft diese uns weiter? An der Gefährlichkeit

einschließlich der ungeklärten Entsorgung des atomaren Mülls hat sich doch nichts geändert. Die letzten Störfälle bei Vattenfall und die anschließenden Vertuschungsversuche beruhigen einen auch nicht gerade.

Das Ausstiegsszenario sieht aus gutem Grund für ältere Reaktoren kürzere, für neuere längere Restlaufzeiten vor. Die Atomindustrie möchte nun aber längere Restlaufzeiten für die gefährlichsten Altreaktoren wie Brunsbüttel und Krümmel. – Klar, die bringen die meisten Profite. Ansonsten hofft man wohl, den Ausstieg insgesamt kippen zu können.

Was bringen Kohlekraftwerke? Die Pläne der Energieindustrie, 27 (laut BUND) neue Kohlekraftwerke bauen zu wollen, werden das CO<sub>2</sub>-Problem kaum lösen. Die 'Kohlendioxid-Abscheidung und – Speicherung' ist Zukunftsmusik, damit Ver- tagung des Problems.

Wenn es denn schon neue 'konventionelle' Kraftwerke sein sollen, dann bitte auf der Basis 'Gas', weil die eine deutlich höhere Effizienz aufweisen.

Alles in allem wird in diesem Bereich auf Bundesebene weitaus mehr geredet als getan. Niemand möchte die Energiekonzerne verärgern, die, nun (Zeichen der Zeit erkannt) unter dem Klimaschutzetikett, am liebsten weitermachen möchten wie bisher.

Wann melden sich eigentlich einmal die Unternehmen lautstark zu Wort, die im Bereich von Energiesparmaßnahmen und dem Ausbau der alternativen Energien investieren wollen? Da liegt die Zukunft einschließlich der Arbeitsplätze. .

Ach ja, da gibt es doch auch noch den Autoverkehr. Auch da möchte möglichst niemand die mächtige Lobby von Autoindustrie und ADAC wirklich verstimmen.

Was spricht eigentlich gegen eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf 120/130 km/h? – Wenn man in der Schweiz oder in Frankreich unterwegs ist, 'überlebt' man das doch problemlos, oder? Und braucht man dann noch immer mehr PS?

Ökonomisch ist das ganze sowieso Quatsch. Die Benzinpreise werden weiter steigen, nicht wegen der Grünen, sondern wegen der weltweit steigender Nachfrage bei sinkendem Angebot. – Da sollten einem doch wohl wichtigere Dinge einfallen, für die man sein Geld ausgeben möchte.

Wir sind auch **Schleswig-Holstein**. Da gilt im Wesentlichen das, was auch schon für die Bundesebene negativ angemerkt wurde. Zumindest scheint hier auch die CDU begriffen zu haben, dass die Nutzung der Windenergie eine gute Idee ist, auch wenn sie ursprünglich einmal von den Grünen auf den Weg gebracht worden ist.

Wir sind irgendwie auch **Hamburg**. Ole von Beust vermittelt den Eindruck, als kämpfe er nicht nur um seine Zukunft, sondern auch die seiner Stadt. In Punkto Umwelt und Zukunft klingt das durchaus so, als habe er die Zeichen der Zeit erkannt. – Das sollte die GAL eigentlich freuen:

Aber wohl nicht nur sie befürchtet, dass den großen Worten eher kleine Taten folgen werden. – Genehmigt er das Kohlekraftwerk in Moorburg, kann er sein Programm eh zu den Akten legen.

Wir sind ganz sicher **Glinde**. Glinde ist irgendwie ein Dorf mit Einwohnern, die zu großen Teilen in Hamburg arbeiten. Da mischen sich dann 'großstädtische Ansprüche' mit 'provinziellem Denken'. – Tenor der Kommunalpolitik:



Neue Wohngebiete müssen sein, energiepolitische Überlegungen werden in diesem Zusammenhang, wenn überhaupt, eher nebenbei diskutiert und dann spätestens, wenn es um 'Kosten' geht, verworfen.

Städtische Gebäude müssen ab und an saniert werden. Das geschieht in der Regel aber erst dann, wenn es eher unumgänglich ist und die Haushaltslage es zulässt.

Ein Plan, bei welchem Gebäuden es sich vielleicht lohnte, auch früher tätig zu werden, um Energie und damit auch Geld zu sparen, existiert nicht oder wird von der Verwaltung unter Verschluss gehalten.

Ein Bewusstsein, dass Energie endlich ist und kostet, ist auch wenig ausgeprägt. Der letzte macht oft genug das Licht *nicht* aus und geöffnete Fenster bei voll aufgedrehter Heizung sorgen für ein milderer Mikroklima.

Da ist es dann schon ein Erfolg, wenn CDU-Mitglieder sich in Börnsen mal ein Blockheizkraftwerk (BHKW) ansehen und ihre Eindrücke in ihrer Partei weitergeben. Sie sind von dem Modell fasziniert und möchten so etwas auch in Glinde, z. B. auf dem Depotgelände realisiert sehen, der CDU-Mehrheit ist das eher suspekt.

So treten die einen vielleicht auch deswegen aus der CDU aus, während die verbeibende CDU-Mehrheit ihren energiepolitischen Ansatz darin findet, in Glinde Stadtwerke zu gründen.

Nichts gegen eigene Stadtwerke. Die sind allemal besser als E.ON! Solange das Ziel aber nur ist, aus dem Verkauf von Strom Profit zu ziehen, egal wo und wie dieser produziert wird, statt ihn idealer weise selbst und zukunftsweisend etwa mit einem BHKW auch zu produzieren, ist das eher ein kleiner Wurf.

Die Bebauung des Depotgeländes bietet Glinde die einmalige Chance, die Klimaproblematik nicht nur zur Kenntnis zu nehmen, sondern aktiv und positiv mit ihr umzugehen.

Es wird so schnell keine weitere Möglichkeit geben, in großem Rahmen energiepolitisch zukunftsweisend zu bauen, gleichzeitig Maßstäbe für zukünftige Bebauungen zu setzen, von den damit verbundenen Diskussionen und Ansätzen zu neuem Denken in der Bevölkerung mal abgesehen.

Es könnten Niedrigenergiehäuser gefordert oder gefördert werden. Es könnte grundsätzlich mit einem Blockheizkraftwerk oder mit Erdwärme geheizt werden. Solaranlagen zur Stromversorgung kämen auf jedes Dach.

Der Phantasie sind grundsätzlich erst einmal keine Grenzen gesetzt. Es wird allerdings nicht mehr lange dauern, dass die Pläne für die Bebauung konkret werden. Dann wird sich zeigen, wer außer uns das auch als Chance sieht.

**Treten Sie mit uns dafür ein, dass diese Chance genutzt wird und nicht mit dem Standard-Totschlag-Argument 'Das rechnet sich nicht!' wie so oft freundlich, milde, aber entschieden belächelt, ignoriert und vertan wird.**

Nachdem wir nun alle Ebenen abgehandelt haben, an die wir die Verantwortung delegieren könnten, sind zu guter Letzt wir auch noch **wir selbst** und für unser eigenes Tun verantwortlich.

Wir treffen Kaufentscheidungen, kurz- und längerfristig angelegte. Wir wissen, dass Energiesparbirnen zwar teurer sind als herkömmliche Glühbirnen, dafür deutlich weniger Energie verbrauchen und länger halten, also wirtschaftlicher sind. Trotzdem werden immer noch Glühbirnen en masse verkauft.

Wir kaufen langlebige Güter wie Kühlschrank, Fernseher, PC oder Waschmaschine (Autos hatten wir schon weiter oben). Energiesparende Geräte sind auch hier in der Anschaffung eher teurer, aber unter dem Strich wirtschaftlicher. - Trotzdem neigen wir dazu, eher den vordergründig 'preiswerten' Angeboten zu folgen.

Schaut man ins Internet oder fragt bei den Verbraucherzentralen nach, gibt es inzwischen unzählige Tipps, wie man über den Kauf des richtigen Geräts Energie und in der Regel auch Geld sparen kann.

Wir kaufen aber nicht nur, wir tun oder lassen auch täglich das eine oder andere energiepolitisch sinnvolle. Und auch hier wissen wir eigentlich, dass u. a. das Abschalten von Standby Strom spart, Stosslüften sinnvoller ist, als ein ganztägig geöffnetes Kippfenster und vie-

les mehr, wozu es auch genügend Tipps gibt.

Und wir wissen eigentlich auch, um doch noch einmal aufs Auto zurückzukommen, dass es eigentlich wenig Sinn macht, selbiges zu benutzen, um etwa die ein paar Hundert Meter zum Bäcker zurückzulegen, Kinder vom Grottohegen zu den 'Wurzelzwergen' zu bringen oder sich zwecks Körpererächtigung zum Sportplatz oder ins Fitnessstudio zu bewegen.

Wir sind selbstverantwortlich, allerdings auch für die Generationen nach uns. Deshalb zum Abschluss ein Zitat aus der Süddeutschen Zeitung:

**"Die Freiheit des guten Lebens, des Energieverbrauchs und der Mobilität wird neu definiert werden müssen, oder die Klimakatastrophen werden kommen wie sie kommen."**



## Zukunft der Sönke-Nissen-Schule

Gemeinschafts- oder Regionalschule? ■ Von Susanne Böhnert-Tank

**Das neue Schulgesetz in Schleswig-Holstein, das im Februar 2007 in Kraft getreten ist, sieht für die Entwicklung der Schulen etliche neue Punkte vor.**

**Insbesondere die Entwicklung von weiterführenden Schulen in Regional- oder Gemeinschaftsschulen ist dabei ein zentraler Punkt.**

Ob die in diesem Gesetz vorgesehenen Maßnahmen wirklich sinnvoll sind, soll an dieser Stelle zunächst nicht weiter erörtert werden. Hier soll es um die Konsequenzen für Glinde gehen.

Von den weiterführenden Schulen in Glinde bleibt nämlich das Gymnasium unangetastet – das ist der politische Wille der Großen Koalition in Kiel, die Integrierte Gesamtschule wird automatisch in eine Gemeinschaftsschule überführt – also geht es nur um die Sönke-Nissen-Schule.

Das Schulgesetz bietet für eine solche Schule zwei Möglichkeiten - Regionalschule oder Gemeinschaftsschule.

- "An Regionalschulen werden die Jahrgangsstufen 5 und als gemeinsame Orientierungsstufe gebildet. Ab Jahrgangsstufe 7 wird nach Leistungsentwicklung und Abschlüssen differenziert. Die Schülerinnen und Schüler können den Hauptschul- oder den Realschulabschluss erlangen.

- In der Gemeinschaftsschule können die Schülerinnen und Schüler unter einem Dach den Hauptschulabschluss, den Realschulabschluss oder den Übergang zur gymnasialen Oberstufe erreichen.

In der Gemeinschaftsschule findet der Unterricht grundsätzlich für alle Schülerinnen und Schüler gemeinsam statt, wobei den unterschiedli-

chen Leistungsmöglichkeiten der Schülerinnen und Schüler vor allem durch Formen binnen differenzierenden Unterrichts entsprochen wird." (Schule aktuell 2/2007)

**Wir favorisieren eindeutig die Gemeinschaftsschule!**

Bereits im Frühjahr 2007 baten Mitglieder der Schulleitung der Sönke-Nissen-Schule den Kulturausschuss darum, der Schule gegenüber eindeutige Signale zu geben, in welche Richtung die Überlegungen gehen könnten, denn in der Schule selbst würde die Entwicklung zu einer Gemeinschaftsschule bevorzugt. Man wolle diese Pläne aber nicht weiterverfolgen, wenn die Mehrheit im Kulturausschuss andere Vorstellungen hätte.

Aus Sicht der CDU war aber vieles unklar. Auch ein Gespräch des Ausschusses mit dem Schulkonrat brachte für die CDU-Fraktion keine neuen Erkenntnisse, so dass gegenüber der Schule keine Signale gegeben wurden.

Aus dem Kollegium der Schule gab es dann Stimmen, die eine Umfrage unter den Eltern der Drittklässler in Glinde über die Zukunft der Schule für sinnvoll hielten. Diese Umfrage sollte dann eine entscheidende Basis für die Entscheidung der Gremien der Stadt werden.

In Bad Oldesloe war eine solche Umfrage erfolgreich durchgeführt worden, so dass auch wir uns eine solche auch gut für Glinde vorstellen konnten.

Dementsprechend stellten wir auf der ersten Sitzung des Kulturausschusses nach der Sommerpause den Antrag, eine solche Umfrage in Glinde von der Verwaltung vorbereiten und durchführen zu lassen.

Die SPD-Fraktion und die Vertreter der FUGS signalisierten Zustimmung.

Aber – welche Überraschung! Die Vertreter der CDU-Fraktion hatten gegen eine solche Umfrage "handfeste" Argumente.

Es waren vor allem zwei Aspekte, mit denen argumentiert wurde.

- In den 'Zielen und Grundsätzen' der Stadt Glinde stünde, dass in Glinde alle Schularten vorgehalten werden sollten. Das bedeute damit, dass die Sönke-Nissen-Schule Regionalschule werden müsse.

- Man könne die Umfrage nicht nur auf Glinde beschränken, sondern müsse auch die Eltern in Oststeinbek, Reinbek-Neuschönningstedt, Barsbüttel, Witzhave, Brunsbek, usw. befragen.

Natürlich ist es richtig, dass viele Kinder der Schule aus diesen Kommunen kommen und der Kulturausschuss in Glinde die Verwaltung nur beauftragen kann, in Glinde eine Umfrage durchzuführen.

Das schließt aber nicht aus, es in Glinde auch zu tun und gegenüber den anderen Kommunen anzuregen, auch dort eine Umfrage durchzuführen.



Und was die andere Argumentation anbetrifft, so steht sicherlich in den 'Zielen und Grundsätzen', dass alle Schularten vorgehalten werden sollen.

Aber diese Ziele und Grundsätze lassen sich ändern – was an anderer Stelle auch schon passiert ist (nicht zuletzt auf Drängen der CDU und mit ihrer Mehrheit). Abgesehen davon schadete es den Zielen und Grundsätzen sicherlich nicht, sich durch eine Umfrage zu diesem Punkt durch Teile der Glinder Bevölkerung überprüfen zu lassen.

Leider nutzte die CDU-Fraktion ihre Mehrheit im Ausschuss, die sie in der Stadtvertretung übrigens nicht mehr hat, wie so häufig in letzter Zeit, um den Antrag abzulehnen. - Viel argumentative Schützenhilfe kam dazu von Bürgermeister Rehders.

Bleibt die Frage, warum CDU und Bürgermeister sich so vehement gegen eine Umfrage wehren. Eigentlich kann es doch nur die Angst vor dem Ergebnis sein, denn auch sie kennen das Ergebnis der Oldesloer Umfrage.

Dort hat sich nämlich eine große Mehrheit der Befragten für weitere Gemeinschaftsschulen

ausgesprochen. Das hat dazu geführt, dass in Oldesloe zwei Schulen in Gemeinschaftsschulen und eine in eine Regionalschule überführt werden sollen.

Übrigens hat die dortige CDU-Fraktion – wenn auch nach harten internen Kämpfen – eingesehen, dass ein solches Vorgehen Sinn macht.

**Deswegen unsere Aufforderung an die Glinder CDU: Denken sie doch noch einmal darüber nach, ob ein Einbeziehen der Bevölkerung in die Beschlüsse der Gremien der Stadt nicht doch Sinn macht.**

**Wie das Ergebnis einer möglichen Umfrage aussehen könnte, ist vollkommen offen. Aber schon per se davor zurückzuschrecken, erscheint uns wenig demokratisch!**

Zwischenzeitlich ist auch die Schulleitung der Sönke-Nissen-Schule wieder aktiv geworden. In einem Brief an den Bürgermeister, der auch an alle Fraktionen gegangen ist, führt der Schulleiter aus: "Keine der 8 im Kreise Stormarn existierenden Realschulleitungen strebt die Umwandlung in eine Regionalschule an. Überall ist ein deutlicher Trend in Richtung Gemeinschaftsschule er-

kennbar. Dies gilt auch für meine Schule!"

Darüber hinaus macht der Schulleiter deutlich, dass in seinem Kollegium der Eindruck entstanden sei, dass mit der Festlegung auf eine Regionalschule – wie von der CDU gewollt – eine unumkehrbare Entscheidung über die Köpfe der unmittelbar Betroffenen hinweg getroffen werden soll.

Der Schulleiter sieht sein Schreiben insgesamt als Denkanstoß. - Wir hoffen, dass sich die 'richtigen' angestoßen fühlen. Wir sind nach wie vor bereit, erneut die Diskussion im Kulturausschuss um die Zukunft der Sönke-Nissen-Schule zu führen.

Eine persönliche Anmerkung sei aber an dieser Stelle erlaubt. Wir hätten uns sehr gefreut, wenn die Leitung der Sönke-Nissen-Schule bei der Beratung über die Elternumfrage auf der Sitzung des Kulturausschusses anwesend gewesen wäre.

Vielleicht hätte sie es ja geschafft, der CDU-Fraktion deutlich zu machen, wie sehr deren Position an den Interessen der unmittelbar Betroffenen vorbeigeht!

## Glinn?

Viele Menschen kennen sie: zweisprachige Ortsschilder!

Ich kenne sie aus Frankreich, aus Spanien, aus Italien. Überall dort, wo sie mir begegnet sind, leben relevante Minderheiten, die ihre eigene Sprache und Kultur pflegen. Zum Teil sind diese zweisprachigen Ortsschilder ein Zugeständnis der jeweiligen Regierung an Autonomiebestrebungen gewisser Regionen – zum Beispiel auf Korsika oder in Südtirol.

In Glinde ist nun im Sommer ebenfalls ein erstes zweisprachiges Ortsschild aufgestellt worden. Und etliche Menschen haben sich gefragt, welche relevanten Minderheiten denn in Glinde leben. - Mir sind dabei die Mitglieder der türkischen und der portugiesischen Gemeinde eingefallen. Aber weit gefehlt. Ein Schild mit dem plattdeutschen 'Glinn' für Glinde wurde angebracht.

Nun spricht überhaupt nichts dagegen, diese Sprache zu pflegen, aber gehört sie zu einer Minderheit in dem oben beschriebenen Sinn? Wohl eher nicht.

Ich selbst spreche mehr oder weniger schlecht Plattdeutsch und freue mich, wenn ich ab und zu ein paar plattdeutsche Sätze höre und loswerden kann. Es ist ein schönes Hobby, das niemandem genommen werden sollte.

Es widerspricht aber meinem Verständnis von kommunalen Aufgaben, wenn in einer Stadt, in der diese Sprache keine Rolle für hier lebende Minderheiten spielt, mehrere Tausend € für solch neue Ortsschilder ausgegeben werden sollen. Dieses Geld wäre – auch und gerade bezogen auf Minderheitenpolitik – in anderen Projekten besser angelegt.

SBT



## Alter Sportplatz

Riesige Verpackung – wenig Inhalt! ■ Von Wolf Tank

**Große Pläne hatte die Stadt mit dem Gelände des alten Sportplatzes (Behelfsparkplatz an der Mühlenstrasse): Betreutes Wohnen mitten in der Stadt und ein großer Supermarkt als Anziehungspunkt für viele Kunden.**

**Das betreute Wohnen findet dort nun nicht statt. An-, oder auch nur umgesiedelt werden ein Edeka und ein Aldi, oder ein REWE und ein Penny. Den Anziehungspunkt wird eine zweigeschossige Parkpalette in einem Riesengebäude bilden.**

Mit großer Mehrheit hat sich der Bauausschuss der Stadt am 7.12. 2006 endgültig von dem ehrgeizigen Projekt verabschiedet, auf dem heute als Parkplatz genutzten Gelände des alten Sportplatzes Raum zu schaffen für betreutes Wohnen und einen großen Supermarkt (Vollsortimenter mit bis zu 3000 qm Verkaufsfläche).

Das betreute Wohnen wurde erst einmal und auf jeden Fall an diesem Ort aufgegeben. Stattdessen bekommen wir nun das 'Mühlen-Center'.

Dort sollen ein Vollsortimenter (Edeka o. ä.) mit 1900 qm und ein Discounter (Aldi o. ä.) mit 1300 qm Verkaufsfläche angesiedelt werden, zusätzlich drei weitere kleinere Läden und ein Cafe o. ä. Auf der Hälfte des Geländes sollen auf zwei Ebenen etwa 200 Parkplätze entstehen.

Wir hatten der ursprünglichen Planung zugestimmt, weil wir meinen, dass das Thema 'Betreutes Wohnen' mit jedem Jahr aktueller wird und so ein Standort quasi ideal sei.

Zudem fanden wir die Idee plausibel, dass mit einem Supermarkt der ursprünglich angedachten Größe ein Angebot geschaffen werden könnte, das mehr Menschen bewegen könnte, in Glinde (statt bei Famila oder Walmart, heute REWE) einzukaufen.

Wir hielten das Ziel für realistisch, dadurch in Glinde zusätzliche Kaufkraft zu binden, wovon dann nicht nur der neue Supermarkt, sondern alle profitieren sollten.

Es ist wohl so, dass sich bis heute für das betreute Wohnen auf diesem Gelände niemand findet, weil es sich 'nicht rechnet'.

Es ist wohl auch so, dass die Ansprüche an den Supermarkt im Laufe der vertanen Zeit mit dem Investor Goldbeck immer weiter heruntergeschraubt wurden, da hätten wir Grünen viel früher dagegen stimmen sollen, auch wenn das bei den vorhandenen Mehrheiten nichts geändert hätte.

Es ist wohl zuletzt auch so, dass sich deshalb auch dem Gelände seit Jahren nichts tut, von einigen im ersten Eifer sinnlos abgesägten Bäumen mal abgesehen.

**Deshalb muss man aber doch nicht gleich in Panik und blinden Aktivismus verfallen!**

Zu Beginn der ursprünglichen Planungen wurde das Grundstück, wir denken völlig zu Recht, noch als innerstädtisches Filetstück gehandelt. Heute scheint es, soll es ohne Not in die Happy Hour kurz vor Ladenschluss. - Wir befürchten,

dass das sehr kurzfristig gedacht ist.

Die Nachfrage nach betreutem Wohnen wird zunehmen, die Realisierung auf diesem Grundstück sich dann auch rechnen, leider wird das Grundstück dann schon anderweitig vergeben sein.

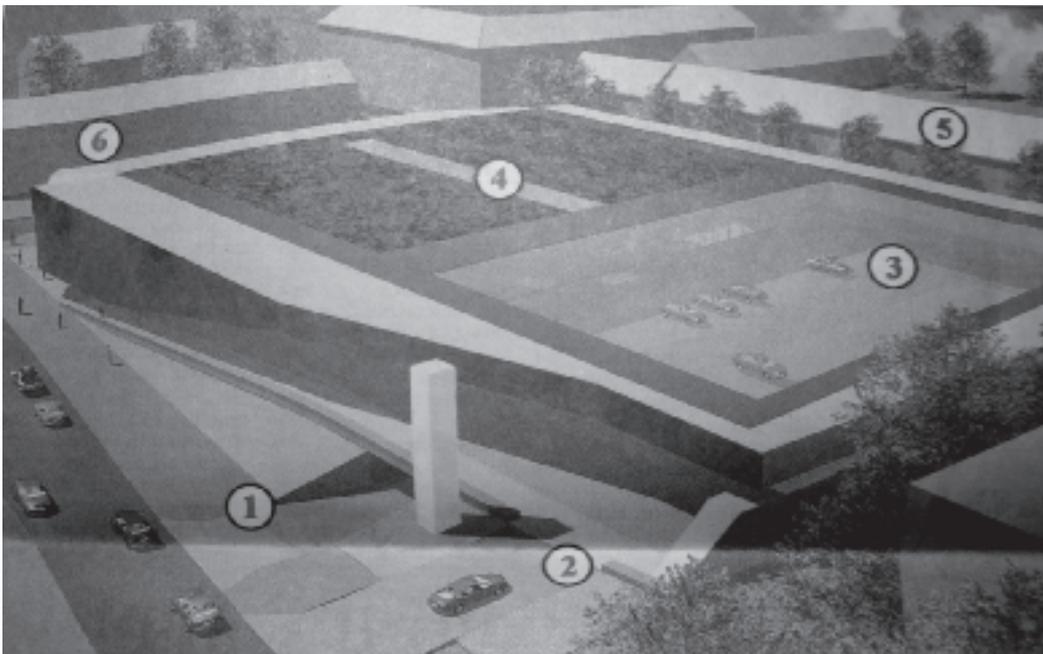
Es wird sich dann sicher ein anderer Standort finden lassen, leider nicht so citynah, und schon gibt es ein weiteres Baugebiet, das geradezu danach schreit, überplant zu werden.

Die geplanten Läden, vor allem der geschrumpfte Supermarkt, werden eher **nicht** geeignet sein, zusätzliche Kaufkraft in Glinde zu binden. Ansonsten kann man sich viele Szenarien vorstellen, wer in einem Nullsummenspiel wen verdrängt.

Zur Not wird es einfach nur darauf hinauslaufen, dass bereits in Glinde ansässige Läden ihren Standort verlagern. Dann ziehen z. B. der Edeka und der LIDL ins Mühlen-Center um und die dadurch hervorgerufenen Leerstände werden mit einem oder mehreren 1-€-Läden beseitigt. – So stellen jedenfalls **wir** uns die Stärkung der Gliner Innenstadt **nicht** vor.

Inzwischen scheinen die Planungen kurz vor der Umsetzung zu stehen. Zusätzlich hat der Bauausschuss in seiner Weisheit am 13.9.2007 beschlossen, auf dem Depotgelände einen weiteren Supermarkt mit 800 qm vorzusehen.

Andernorts heißt so ein Ausschuss auch Bau- und **Planungs**ausschuss. – Na ja, in Glinde heißt er halt nur Bauausschuss!



## Libertäre Jugend

Jugendliche benennen ihre Ansprüche! Freut oder nervt das? ■ Von Susanne Böhnert-Tank

**Sie erinnern sich sicherlich: Im Frühsommer dieses Jahres wurde in Glinde ein Haus besetzt. Verantwortlich dafür zeichneten Jugendliche aus Glinde. Sie wollten damit ihren Protest gegen die aus ihrer Sicht unzureichende Jugendpolitik in Glinde unterstreichen.**

Was war vorausgegangen? In etlichen Flugblättern und Gesprächen hatten die Jugendlichen, die sich selbst als "Libertäre Jugend" bezeichnen, immer wieder Räumlichkeiten in Glinde eingefordert, in denen sie sich treffen könnten.

Im November 2006 zeichnete sich eine Lösung ab. Der "Libertären Jugend" wurde in Aussicht gestellt, den Container in der Sönke-Nissen-Allee nutzen zu dürfen. In letzter Minute wurde dann aber die sich abzeichnende Einigung von der Sönke-Nissen-Park-Stiftung aufgekündigt.

Als offizielle Begründung wurde angeführt, dass der Container zusätzlich für die Kita-Arbeit benötigt würde. Von einer Suche nach anderen geeigneten Räumlichkeiten für die Jugendlichen war dann allerdings keine Rede mehr.

Als dann die Hausbesetzung erfolgte, war die Reaktion darauf sehr gespalten. Während ein Teil der Glinder Bevölkerung durchaus gewisse Sympathien für die Besetzung empfand, weil sie der Meinung war, dass für Jugendliche in Glinde viel zu wenig läuft, sahen die PolitikerInnen im Sozialausschuss der Stadt Glinde in erster Linie die 'unrechtmäßige' Handlung als entscheidend an.

So wurde am 24.4.07 einstimmig eine Resolution beschlossen, in der die Hausbesetzung verurteilt

wird. Darüber hinaus wurde von den Mitgliedern der "Libertären Jugend" gefordert, dass sie sich zur Einhaltung demokratischer Spielregeln verpflichten und sich eindeutig vom Einsatz rechtswidriger Mittel distanzieren sollten.

Nur unter dieser Bedingung seien die Mitglieder des Sozialausschusses zu Gesprächen mit den Jugendlichen bereit. Auch wir haben diese Resolution damals unterstützt. Im Gegensatz zu den meisten Mitgliedern des Sozialausschusses war das Thema damit für uns aber nicht erledigt.

Erste kleine Gespräche mit Mitgliedern der "Libertären Jugend" machten uns nämlich schnell deutlich, dass es nicht sinnvoll ist, Probleme der Jugendarbeit in Glinde "auszusitzen" und zu schweigen.

Dementsprechend führten zwei Mitglieder des Vorstandes der Grünen Glinde Ende Mai ein Gespräch mit Mitgliedern der "Libertären Jugend".

In diesem Gespräch wurde sehr deutlich, dass die Möglichkeiten für

Glinder Jugendliche, sofern sie sich nicht in der Spinoso treffen wollen, absolut unzureichend sind. Andere Räumlichkeiten stehen nämlich nicht zur Verfügung.

Die Mitglieder der "Libertären Jugend" entwickelten den Vorschlag, in Glinde einen Bauwagen als Treffpunkt für Jugendliche aufzustellen. Sie würden für den Bauwagen sorgen. Die Stadt Glinde müsste nur einen geeigneten Stellplatz zur Verfügung stellen.

Uns gefiel diese Idee auch deswegen, weil auch wir nicht sahen, woher in kurzer Zeit feste Räumlichkeiten kommen sollten.

Folglich war unsere Überlegung, für die nächste Sitzung des Sozialausschusses einen entsprechenden Antrag zu stellen.

Voraussetzung für das Aufstellen eines Bauwagens und Vereinbarungen über die Nutzung sind natürlich Gespräche zwischen Politik, Verwaltung und der "Libertären Jugend". Also beinhaltete

der erste Punkt in unserem Antrag, dass der Dialog mit der "Libertären Jugend" wieder aufgenommen wird.

Ein entsprechender Antrag wurde von uns in der Sitzung des Sozialausschusses am 19.6.07 gestellt. Die Debatte dazu war ausgesprochen heftig.

Insbesondere Mitglieder der CDU-Fraktion und der Bürgermeister entpuppten sich als absolute Hardliner und lehnten jedes Gespräch mit der "Libertären Jugend" ab, solange diese sich nicht von der Hausbesetzung distanzieren.

Um die Sache – nämlich Glinder Jugendlichen Treffpunktmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen – ging es in der Debatte nicht. Der Antrag wurde in die Fraktionen verwiesen.

Während des Sommers signalisierten Mitglieder der SPD-Fraktion und der FUGS, dass sie unserem Antrag positiv gegenüberstünden.



Im Mai 2008 sind die nächsten Kommunalwahlen. Wir würden gerne wieder antreten, wir könnten aber gerne noch einige Mitstreiter(innen) mehr sein

Nein, es geht nicht unbedingt um die Spitzenkandidatur, aber dankbar wären wir schon für jede Unterstützung.

Um ein wenig deutlicher zu werden: Wir müssen in 15 Wahlkreisen eine Direktkandidatin (darf auch gerne ein Mann sein) aufstellen. – Mitgliedschaft bei den Grünen ist gerne gesehen, aber keine Bedingung.

Diese werden nach allen bisherigen Erfahrungen (5 – 15 %) nicht direkt gewählt werden, ihre Stimmen sorgen aber dafür, dass über die Liste 1-3 Grüne in die Stadtvertretung einziehen.

Knapp 10% Grünwähler(innen) in Glinde müssen sich fragen, ob sie eine Stadtvertretung ohne Grüne wollen, ob sie zufrieden sind mit einer Mehrheit der CDU, die sich an ihrer vermeintlichen Macht berauscht, einer schwachen SPD, einer nicht präsenten FDP!

Im Sozialausschuss am 28.8.07 wurde dann erneut über den Antrag diskutiert. Bürgermeister und CDU beharrten auf ihrer Position, so dass in der Sache zunächst sich keine Bewegung abzeichnete.

In einer Sitzungunterbrechung erklärten dann aber viele Mitglieder der "Libertären Jugend" schriftlich, dass sie sich von der Hausbesetzung am 20.4.07 distanzieren. Damit war der Ausschuss dann zufrieden, so dass nun wieder Gespräche stattfinden konnten.

Die konsequenten Verfechter der 'harten Linie' werden jetzt sagen, dass es also richtig war, hart zu bleiben und zunächst eine Distanzierung zu fordern, und sich bestätigt fühlen.

Ich denke aber, wenn wir im Juni unseren Antrag nicht eingebracht hätten, gäbe es heute noch keine Bewegung in Sachen Gliner Jugendpolitik. Aber dann hätten sich die 'Hardliner' auch bestätigt gefühlt. – Für sie macht es also keinen Unterschied, für die Jugendlichen allemal!

Am Mittwoch, 26.9., fand nun ein erstes Gespräch statt zwischen Mitgliedern der "Libertären Jugend", der Stadtju-

gendpflegerin und einer Arbeitsgruppe des Sozialausschusses, in der alle Fraktionen vertreten sind.

In diesem Gespräch ging es zunächst rein formal um die Möglichkeiten, die Jugendliche in Glinde haben, in Räumlichkeiten der Stadt sich zu treffen. Es kristallisierte sich heraus, dass es in der Spinosas durchaus Nutzungsmöglichkeiten für die "Libertäre Jugend" gibt, dass aber nicht alle ihre Ansprüche dort erfüllt werden können. Z.B. kann der Gruppe kein fester Raum zur Verfügung gestellt werden, in dem dann auch Sachen dauerhaft gelagert werden können.

Folglich war man schnell wieder bei der Idee "Bauwagen". Nach Aussagen der Stadtjugendpflegerin ist das Aufstellen eines Bauwagens an zentraler Stelle in Glinde mit dermaßen hohen Auflagen durch den Kreis verbunden, dass es nicht sinnvoll ist. Daraus erwuchs die Idee, den Bauwagen auf dem Gelände der Spinosas aufzustellen.

Relativ schnell zeichnete sich ein Konsens zwischen allen am Gespräch Beteiligten ab, mit Ausnahme eines CDU-Mitgliedes. Dann wurde aber auch von einem Mitglied der "Libertären Ju-

gend" Zweifel angemeldet, ob man nicht lieber an der Idee eines Hauses statt eines Bauwagens festhalten sollte. Das Gespräch wurde an diesem Abend ohne festes Ergebnis abgebrochen.

Die Mitglieder der Libertären Jugend werden jetzt zunächst einmal beraten, wohin denn diesbezüglich ihre Reise gehen soll.

Wir GRÜNEN werden – sofern denn von den Jugendlichen noch Interesse besteht – an unserem Antrag zum Bauwagen festhalten, ergänzt um den Standort Spinosas.

Bleibt zum Abschluss festzuhalten, aber auch zu fragen:

Der neue Standort für den Bauwagen bietet sicherlich den Vorteil der gemeinsamen Nutzung mit den Räumen der Spinosas, bedeutet aber auch eine noch größere Konzentration auf diesen Standort.

Ist diese ausschließliche Konzentration in einem Randgebiet wirklich sinnvoll oder bedarf es nicht auch weiterer Angebote der Jugendarbeit in Glinde an deutlich zentralerer Stelle?



## Impressum

Herausgeber:  
Bündnis 90 / Die Grünen,  
Ortsverband Glinde

Redaktion:  
Susanne Böhnert-Tank  
(V.i.S.d.P.), Wolf Tank,  
Thorsten Kalkbrenner

Druck:  
Die Druckerei Zollenspieker  
Auflage: 8000

Sie erreichen uns:

Susanne Böhnert-Tank  
Wolf Tank  
Kiefernbogen 1c,  
21509 Glinde  
Tel.: 7112330

Mail: wolf.tank@gruene-  
glinde.de

Internet: www.gruene-  
glinde.de